

## 2006, 2009, 2014? Wie kann die nächste Gaskrise verhindert werden?

Seit Mitte Juni wird die Ukraine nicht mehr mit russischem Gas beliefert. Sollte es zu keiner Einigung zwischen Gazprom und Naftogaz kommen, wird die Ukraine selbst bei einer deutlichen Steigerung der Gasimporte aus dem Westen nicht um eine dramatische Senkung des Gasverbrauchs im kommenden Winter herumkommen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Eskalation – in Form eines Transitstopps durch die Ukraine – stark erhöhen.

Eine Entpolitisierung der Gaslieferverhandlungen ist somit im Interesse von Russland, der Ukraine und der EU. Sollte keine Vereinbarung zustande kommen, kann die Wahrscheinlichkeit einer Transitunterbrechung verringert werden, indem die Ukraine stärker mit Gas aus dem Westen versorgt wird. In letzter Konsequenz sollten sich Deutschland und andere EU-Länder allerdings auch darauf vorbereiten, die Auswirkungen eines möglichen Transitstopps so klein wie möglich zu halten.

### Status Quo

Am 16. Juni sind die Gaslieferverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland gescheitert; daraufhin hat Gazprom den Export von Gas an die Ukraine eingestellt. Die Unterschiede in den Verhandlungspositionen bezüglich des Gaspreises – die Ukraine bot angeblich 320 USD/Tsd. m<sup>3</sup> und Russland forderte 380 USD/Tsd. m<sup>3</sup> – erschienen dabei nicht unüberwindbar. Allerdings blieb unter anderem die Frage strittig, ob eine Anpassung des Gaspreises über eine von der Ukraine geforderte langfristig rechtsverbindliche Veränderung des Vertrags oder über eine von Russland angebotene - kurzfristig rückgängig machbare - Senkung der russischen Gasexportsteuer erfolgen sollte. Hierbei hatte die ukrainische Seite, trotz Zusicherung Russlands, die Befürchtung geäußert, in einer für sie ungünstigeren Situation (z.B. im Winter) unter Druck zu kommen.

Beide Seiten haben das Stockholmer Schiedsgericht angerufen: Russland, da es einen Bruch des existierenden Vertrages feststellen lassen will und die Rückzahlung der Schulden von 4,5 Mrd. USD fordert; die Ukraine, da sie eine Revision der Preisklausel des 2009er Gasvertrages fordert. Dabei beruft sich die Ukraine auf eine Klausel, die eine Preisneufestsetzung bei „Grundsätzliche Änderungen der Marktbedingungen“ erlaubt.

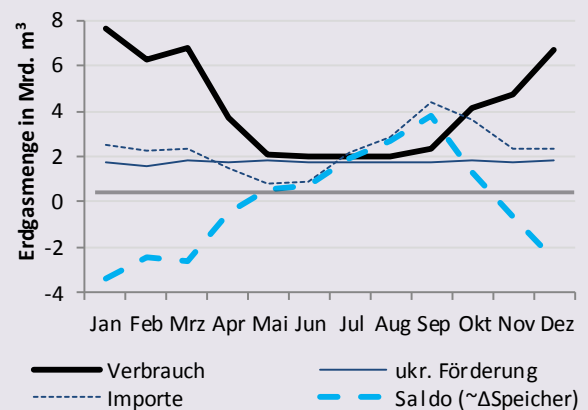
### Auswirkung auf die Ukraine

Im vergangenen Jahr (2013) lieferte Russland der Ukraine ca. 26 Mrd. m<sup>3</sup> Gas. Das waren etwa 52% der ukrainischen Gasnachfrage von 50 Mrd. m<sup>3</sup>. Wei-

tere 21 Mrd. m<sup>3</sup> wurden in der Ukraine gefördert und 2,1 Mrd. m<sup>3</sup> aus Polen und Ungarn importiert.

Einen russischen Lieferstopp kann die Ukraine mittels eigener Förderung, Gasimporten aus dem Westen und Verringerung der Speichermengen für mehrere Monate überbrücken. Allerdings würde ein zu geringer Speicherstand (< 10-15 Mrd. m<sup>3</sup>) zu Beginn des Winters spätestens am Ende des Winters zu Problemen führen, selbst wenn Russland zwischenzeitlich die Lieferungen wieder aufnimmt. So wurden im letzten Winter etwas mehr als 12 Mrd. m<sup>3</sup> aus den Speichern entnommen um den jahreszeitlich bedingten Mehrverbrauch auszugleichen. Der gegenwärtige Speicherstand beträgt etwa 15 Mrd. m<sup>3</sup>.

Gasbilanz 2013 (monatlich)



Quelle: Energieministerium der Ukraine

Einen längerfristigen Lieferstopp kann die Ukraine nur schwer kompensieren. Selbst wenn die Gasimporte aus Polen, Ungarn und der Slowakei („reverse flows“) auf ein theoretisch mögliches Volumen von 15 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr erhöht werden, würden noch ca. 15 Mrd. m<sup>3</sup> fehlen um den Vorjahresbedarf zu decken. Eine Erhöhung der einheimischen Gasproduktion wird kurzfristig nur sehr begrenzt möglich sein. Dafür müssten die Gaspreise für staatliche Produzenten, welche momentan bei lediglich 50 USD/Tsd. m<sup>3</sup> liegen, deutlich erhöht werden.

Somit ist in diesem Fall eine deutliche Reduzierung der Nachfrage notwendig um die Wärmeversorgung der Bevölkerung (ca. 20 Mrd. m<sup>3</sup>) und den Betrieb der Gastransitleitungen (ca. 2-4 Mrd. m<sup>3</sup>) sicherzustellen. Entsprechend hat die ukrainische Regierung beschlossen, dass der Gasverbrauch von Industrie und Kommunen um 30%, und der Verbrauch von Schulen und Krankenhäusern um 10% gesenkt werden soll.

Für die Ukraine wird es dabei eine große Herausforderung darstellen, nicht der Entnahme von für den Gastransit in die EU vorgesehenen Mengen bezichtigt zu werden. Die Schwierigkeit ist, dass der Gastransit durch das normale ukrainische Hochdruck-Gasnetz erfolgt. Es besteht einerseits die Gefahr, dass es aufgrund der schwierigen Versorgungslage zu (nicht abgestimmten) Gasentnahmen auf lokaler Ebene kommt, die nicht ausgeglichen werden können – und somit de facto Transitgas entnommen wird. Andererseits kann nicht sofort zweifelsfrei geklärt werden, wer für eine eventuelle Verringerung der im Westen ankommenden Gasmengen verantwortlich ist, da die Einspeisung in das ukrainische Netz nur auf russischer Seite gemessen wird.

Die Ukraine sollte ein starkes Interesse daran haben, dass Russland keinen Anlass bekommt – wie 2006 und 2009 – den Transit durch die Ukraine einzustellen. Denn durch einen Transitstopp würde die Erdgasversorgung von Mitteleuropa stark erschwert. Dann ist sehr fraglich, ob die Ukraine überhaupt noch Erdgas aus Polen, Ungarn und der Slowakei erhalten kann. Selbst wenn eine begrenzte Lieferung (möglicherweise unter Einschränkung des mitteleuropäischen Erdgaskonsums) noch technisch möglich ist, wäre dies nicht mehr politisch opportun, wenn die Ukraine selbst für den Transitstopp verantwortlich ist.

#### **Auswirkung auf Deutschland und die EU**

Bis zum jetzigen Zeitpunkt läuft der Transit von russischem Gas durch die Ukraine in die EU normal weiter. Die ukrainische Seite hat mehrfach bekräftigt, keinesfalls für den Transit vorgesehenes Erdgas für eigene Zwecke zu entnehmen. Gazprom bestätigte ebenfalls seinen Lieferverpflichtungen nachkommen zu wollen. Allerdings wächst die Gefahr eines Transitstopps mit jedem Tag den sich die Ukraine und Russland nicht auf einen neuen Gasliefervertrag einigen. In der politisch aufgeladenen Situation könnten sowohl die ukrainische als auch die russische Seite versucht sein, eine weitere, für alle Seiten wirtschaftlich schädliche, Eskalation auszulösen.

Darüber hinaus gibt es technische Risiken. Das ukrainische Erdgassystem ist nicht für eine „Notversorgungssituation“ aus dem Westen gebaut worden. Gasflüsse von der Westgrenze in die ostukrainischen Verbrauchszentren müssen manuell gesteuert werden. Auch ist unklar, wieviel Gas den Speichern wirklich entnommen werden kann. Schließlich könnten die geringen Füllstände der ukrainischen Speicher dafür sorgen, dass die Ukraine die Transitverpflichtungen im Winter nicht erfüllen kann. Diese beinhalten, dass die Ukraine im Sommer mehr Transitgas aus Russland bezieht und dieses erst im Winter in den Westen weiterleitet. Sollten die Speicher allerdings leer sein, kann der erhöhte Winterbedarf in Europa nicht mit russischem Gas gedeckt werden, da

nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind dieses erst im Winter in die Westukraine zu bringen.

Ein Transitstopp durch die Ukraine hätte spürbare Auswirkungen auf die europäische Gasversorgung. Aus Russland würden dann pro Jahr maximal 75 Mrd. m<sup>3</sup> durch Belarus und über die Ostseepipeline importiert werden können – 40% weniger als die 130 Mrd. m<sup>3</sup> die 2013 eingeführt wurden. Dies ließe sich auf EU-Ebene wahrscheinlich noch ausgleichen, in Südost- und Mitteleuropa könnte es allerdings zu Versorgungsengpässen kommen, wenn nicht entsprechende technische und administrative Vorkehrungen getroffen werden.

#### **Fazit**

Der Abschluss eines stabilen Gasliefervertrags ist im Interesse von Russland, der Ukraine und der EU. Ein solcher Abschluss ist eher möglich, wenn die Verhandlungen nicht mit politischen Fragen vermischt werden. Deutschland und die EU haben ein Interesse daran eine Versorgung der Ukraine zu marktüblichen Konditionen auch im Falle eines längerfristigen russischen Lieferstopps sicherzustellen – da dies die Wahrscheinlichkeit eines Transitstopps verringert. Schließlich muss sich Deutschland in enger Kooperation mit den EU-Ländern darauf vorbereiten, die Auswirkungen eines möglichen Transitstopps so klein wie möglich zu halten.

---

#### **Autor**

Dr. Georg Zachmann, zachmann@berlin-economics.com

Hinweis: Eine ausführliche Analyse der Thematik bietet das Policy Briefing PB/06/2014 "Short-term gas supply options for Ukraine"

Download unter: [www.beratergruppe-ukraine.de](http://www.beratergruppe-ukraine.de)

#### **Die Deutsche Beratergruppe**

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme in der Wirtschaftspolitik. Sie wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

#### **Herausgeber**

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

#### **Impressum**

Deutsche Beratergruppe  
c/o BE Berlin Economics GmbH  
Schillerstrasse 59, D-10627 Berlin  
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0  
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9  
[info@beratergruppe-ukraine.de](mailto:info@beratergruppe-ukraine.de)  
[www.beratergruppe-ukraine.de](http://www.beratergruppe-ukraine.de)